

1. Bricht Europa auseinander? Wieviel Ungleichheit vertragen Demokratien?

JÜRGEN KALB

Nach den islamistisch-motivierten terroristischen Anschlägen vom 7. Januar 2015 in Paris auf die Redakteure der satirischen Zeitschrift »Charlie Hebdo« und einen jüdischen Supermarkt, bei dem auch Polizisten muslimischen Glaubens unter den 17 Opfern zu finden waren, gab es Momente internationaler Solidarität gegen Gewalt und Rassismus, die begründeten Anlass zur Hoffnung geben konnten, dass die westliche Welt und insbesondere die Europäische Union angesichts der gemeinsamen Bedrohungen wieder enger zusammen wachsen würde. Paris erlebte in diesen Tagen die größte Kundgebung der Nachkriegszeit. Auch wenn die zahlreich erschienenen Staats- und Regierungschefs aus rund 50 Ländern (Abb. 1) aus Sicherheitsgründen nicht tatsächlich die Kundgebung mit deutlich mehr als einer Million Teilnehmern anführten, so war dies doch deutlich mehr als ein Akt symbolischer Politik. Es schien für einen Moment so, als nähme die politische Klasse die deutlich gewordenen Herausforderungen für die Politik, die Verteidigung der Menschenrechte und der liberalen Demokratie entschlossen an. Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich seit geraumer Zeit fremden- und ausländerfeindliche Tendenzen in Europa vermehrt bemerkbar machen. So nahm der Anteil rechtspopulistischer Parteien bei der Europawahl im Mai 2014 deutlich zu und speziell in Deutschland mehren sich in einigen Städten wie Dresden Demonstrationen von zutiefst Enttäuschten, die sich nicht zuletzt durch ihre Weigerung auszeichnen, mit der Politik und den Medien in einen sachlichen Dialog zu treten. Auch deshalb wird in der Soziologie, aber auch der Wirtschafts- und Politikwissenschaften inzwischen die Diskussion geführt, woher diese Frustration denn kommen könne. Nicht wenige sind der festen Überzeugung, dies hänge mit der fortschreitenden Globalisierung sowie der rapiden Zunahme sozialer Ungleichheit auch in den prosperierenden Staaten wie Deutschland zusammen. Die Frage, wieviel Ungleichheit Demokratien eigentlich vertragen, wurde erstmals gar zum »Megathema« (Handelsblatt vom 20.1.2015) des jährlichen Weltwirtschaftsforums 2015 in Davos.



Abb. 1 Bei einer der größten Kundgebungen der Nachkriegszeit gedachten mehr als eine Million Menschen der 17 Opfer der islamistischen Anschlagsserie gegen die Karikaturisten der Zeitschrift »Charlie Hebdo«, gegen Kunden eines jüdischen Lebensmittelgeschäfts sowie gegen französische Polizisten. Gemeinsam mit Frankreichs Präsident François Hollande ließen sich die Staats- und Regierungschefs aus 50 Ländern gemeinsam fotografieren. Die symbolische Geste war Teil des »Republikanischen Marsches« durch die Hauptstadt Paris, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. © European Council/ Europäischer Rat, 11.1.2015

Herausforderungen für westliche Grundwerte und für den europäischen Einigungsprozess

Nicht wenige Zeitgenossen sahen in den terroristischen Anschlägen vom 7. Januar 2015 in Paris allerdings eher eine Bestätigung der vom us-amerikanischen Politikwissenschaftler Samuel Huntington bereits 1993 aufgestellten These vom »Kampf der Kulturen«, der nunmehr in vollem Gange sei. Keine Woche vergehe in westlichen Großstädten ohne Terrorwarnungen, kein Tag ohne Berichte über Gräueltaten im Nahen Osten. Der »Islamische Staat« (»IS«) stelle das bestehende Machtgefüge in seiner Grausamkeit gänzlich infrage, seine Schergen versklavten, köpften und zerstörten alles und jeden, der nicht den Regeln ihrer pervertierten Islamauslegung entspräche. Selbst jahrtausendealte Kunstschätze fallen derzeit Bulldozern und Vorschlagshämmern zum Opfer.

Die heftig diskutierte und umstrittene These vom »Kampf der Kulturen« ist eine politische Theorie der internationalen Beziehungen, die davon ausgeht, dass sich nach dem Ende des Kalten Krieges zukünftige internationale Konflikte vor allem zwischen verschiedenen Kulturräumen, insbesondere der westlichen Zivilisation und dem islamischen oder chinesischen Kulturraum abspielen würden. Seine Überlegungen erweiterte Huntington in seinem 1996 erschienenen Werk »Clash of Civilizations and the Remaking of World Order« zu einer umfassenden Theorie, die einen nicht unerheblichen Einfluss auf die us-amerikanische Außenpoli-



Abb. 2 »... ein feines Süppchen«

© Gerhard Mester, 2015

tik seit 9/11 im Jahre 2001 hatte. Darin stellt er die Behauptung auf, dass ein grundsätzlicher, kultureller Antagonismus zwischen einzelnen Zivilisationen bestehe und dass es vor allem dieser Gegensatz sei, der die Weltordnung nach dem Ende des ideologisch geführten Ost-West-Konfliktes besonders prägen werde.

In Zeiten des Terrors wie im Januar 2015 erlebt Huntington gerade politisch eine Renaissance. So wie der 11. September 2001 ein Anschlag auf die Symbole amerikanischer Hegemonie war, wird der 7. Januar 2015, der Tag, an dem zwei selbst ernannte islamistische Gotteskrieger ein Blutbad in den Pariser Redaktionsräumen von »Charlie Hebdo« anrichteten, als Anschlag auf die europäische Werteordnung gedeutet. Nicht nur Frankreichs früherer Präsident Nicolas Sarkozy sprach vielen Europäern aus der Seele, als er das Attentat als einen »Angriff auf die Zivilisation« verurteilte.

Die Pegida-Bewegung

In Deutschland machte sich insbesondere in Dresden eine Bürgerbewegung (PEGIDA) diese Stimmung zu eigen. Als »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« veranstaltet Pegida seit dem 20. Oktober 2014 wöchentliche Demonstrationen gegen eine von ihr behauptete »Islamisierung« und eine aus ihrer Sicht verfehlte Einwanderungs- und Asylpolitik in Deutschland und Europa. Ursprünglich als geschlossene Facebook-Gruppe gegründet, ist sie seit dem 19. Dezember 2014 unter dem Kürzel PEGIDA als Verein eingetragen. Die Teilnehmerzahl wuchs laut Polizeiangaben von etwa 350 am 20. Oktober 2014 kontinuierlich auf mehr als 25.000 am 12. Januar 2015 an. Über 150.000 »Likes« hat die nun geöffnete Facebook-Seite dieses Vereins Anfang 2015 bereits vorzuweisen.

Dabei ist eine inhaltliche Einordnung dieser Bewegung, die stets betont, nicht »rechts« zu sein, nicht einfach. Pegida-Demonstranten reagieren

auf Pressearbeit oder gar wissenschaftliche Begleituntersuchungen vor Ort regelmäßig mit Sprechchören wie »Lügenpresse, Lügenpresse« oder »Lügenpresse, halt die Fresse« und »Volksverräter« als Bezeichnung für Politiker. Befragungen lehnt ein großer Teil der Demonstranten kategorisch ab. Die NS-Propaganda hatte den Kampfbegriff »Lügenpresse« in den 1930er und 1940er Jahren gegen Kommunisten und Juden gerichtet. Am 5. Januar 2015 wurden zudem Parolen wie »Sachsen bleibt deutsch« und »Merkel muss weg« gezeigt und skandiert.

Die Technische Universität Dresden (TUD) befragte am 22. Dezember 2014 sowie am 5. und 12. Januar 2015 dennoch rund 400 Pegida-Demonstranten. Nach Aussage ihres Leiters Hans Vorländer gilt die Umfrage wegen der Zahl der Antworten als empirisch gesichert, jedoch wegen der

Antwortausfälle von 65 % der Adressaten nicht als repräsentativ. Der durchschnittliche Teilnehmer der Studie kommt demnach aus der sächsischen Mittelschicht, ist männlich, 48 Jahre alt, konfessionslos, nicht parteigebunden, gut ausgebildet, berufstätig und verfügt über ein für Sachsen etwas überdurchschnittliches Nettoeinkommen. Knapp 50 % gaben an, Arbeiter oder Angestellte zu sein, 20 % selbstständig, 18 % Rentner, 2 % arbeitslos. 38 % gaben als Bildungsstand Mittlere Reife, 28 % einen Studienabschluss, 16 % Abitur, 5 % einen Hauptschulabschluss an. Drei Viertel seien konfessionslos, ein Fünftel protestantisch. Zwei Drittel fühlten sich keiner Partei verbunden, 17 % der AfD, 9 % der CDU, 4 % der NPD, 3 % der Linkspartei. Als Hauptgrund ihrer Teilnahme nannten die Befragten zumeist Unzufriedenheit mit der Politik (54 %), »Islam, Islamismus und Islamisierung« (23 %), Kritik an den Medien und der Öffentlichkeit (20 %) sowie Vorbehalte gegen Asylbewerber und Migranten (15 %). 42 % hatten insbesondere Vorbehalte gegenüber Muslimen oder dem Islam, je 20 % äußerten Sorgen vor hoher Kriminalität durch Asylbewerber oder

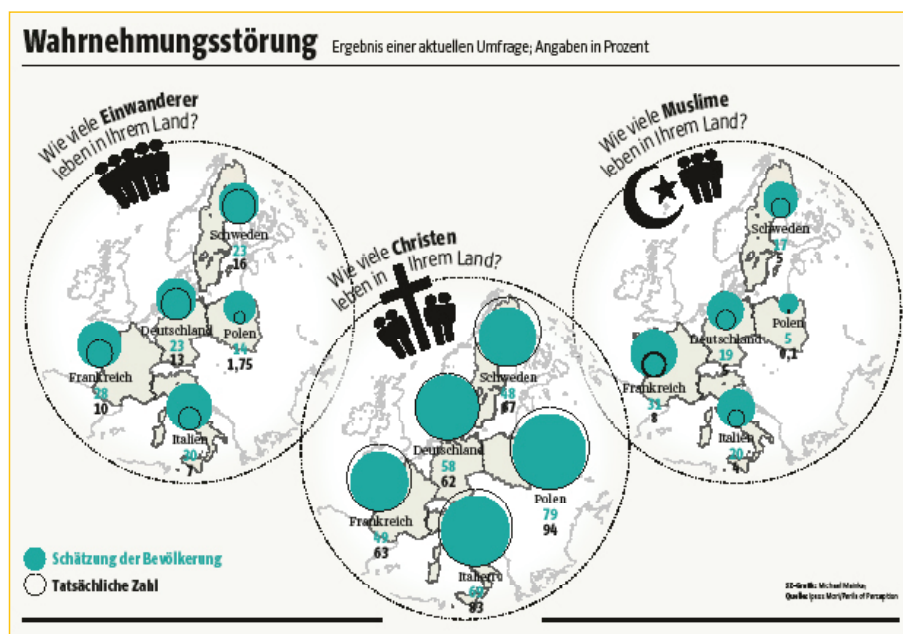


Abb. 3 Wahrnehmungsstörungen der Bevölkerung in Europa (nach aktuellen Umfragen)

© Süddeutsche Zeitung vom 31.1.2015, S. 8

hatten Angst vor sozioökonomischer Benachteiligung. Vorländer sieht Pegida dennoch nicht vorwiegend als Bewegung von Rechtsextremisten, Rentnern oder Arbeitslosen. Die Kundgebungen seien für die meisten eine »Ausdrucksmöglichkeit für tief empfundene, bisher nicht öffentlich artikulierte Ressentiments gegenüber der politischen und meinungsbildenden Elite«. Diskussionen, wie man mit diesen Protesten und Demonstrierenden umzugehen habe, erregten zeitweise heftig die öffentliche Diskussion.

Dabei korrespondieren die Parolen von Pegida und ähnlichen Bewegungen in anderen Großstädten, wie aktuelle Umfragen belegen (Abb. 3 I), deutlich mit einer weit verbreiteten Wahrnehmungsstörung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber dem Anteil der Muslime in Westeuropa. Dazu kommt, dass in kaum einer anderen Stadt in Westeuropa der prozentuale Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung so gering ist wie in Dresden (ca. 0,4 %). Hier von der Gefahr einer »Islamisierung« zu sprechen, scheint daher eine mehr als kühne These. Ebenso verhält es sich mit den bisherigen (März 2015) Auswirkungen des Terrors des »Islamischen Staats« auf Westeuropa.

Das im Nord-Irak ausgerufene »Kalifat«, das, geht es nach deren Urheber, bald die gesamte muslimische Welt umspannen soll, hat auch für die übergroße Mehrheit der Muslime nichts zu bieten außer Knechtschaft und wird folglich von allen zentralen Islam-Vertretern in Europa kategorisch abgelehnt. Meldungen über Konflikte zwischen einheimischen Kämpfern und »Fremdenlegionären« aus Westeuropa fügen sich mit Berichten über Schwierigkeiten, neue Rekruten anzuwerben, zu einem Bild des Niedergangs zusammen (Handelsblatt, 12.3.2015, S. 12 f). Zudem zeigt schon ein flüchtiger Blick auf die Koalition, die sich gegen die Islamisten stellt, wie unscharf das Konzept des »Kampfes der Kulturen« nach wie vor ist. Amerikaner und Araber werfen Bomben, während am Boden schiitische Milizen auf iranische Anweisung vorrücken. Wenn es einen »Kampf der Kulturen« gibt, dann tobt er innerhalb der muslimischen Welt.

Die Kehrtwende von Francis Fukuyama

In seiner jüngsten Publikation hat der us-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, der einst 1992 mit seiner These vom »Ende der Geschichte« den globalen Sieg der liberalen westlichen Demokratien prognostizierte, eine deutliche Kehrtwendung vollzogen. Jahrzehntlang zählte sich Fukuyama zu der intellektuellen Strömung der Neokonservativen. Doch nach der desaströsen Irak-Invasion, die Präsident George W. Bush 2003 auf neokonservativen Rat hin befahl, wandte sich Fukuyama von seinen alten Weggefährten ab. Die wahre Bedrohung der liberalen Demokratie, so Fukuyama heute, werde nicht in finsternmittelalterlichen Koranschulen ausgebrütet, sondern z.B. im grellen kalifornischen Sonnenlicht. So zumindest sieht es Fukuyama, der zur Überzeugung gelangt ist, dass der liberalen Demokratie eine Gefahr von innen erwachsen ist, dass die erodierende Mittelschicht das Fundament aushöhlt, auf dem die demokratische Ordnung beruht.

Ähnliche Befunde legen auch Untersuchungen des Allensbacher Instituts für Demoskopie für Deutschland nahe (Vgl. Abb. 4 I). Die Mehrheitsgesellschaft tritt in Deutschland ganz entschieden für den sozialen Ausgleich ein und fordert dies von der Politik.

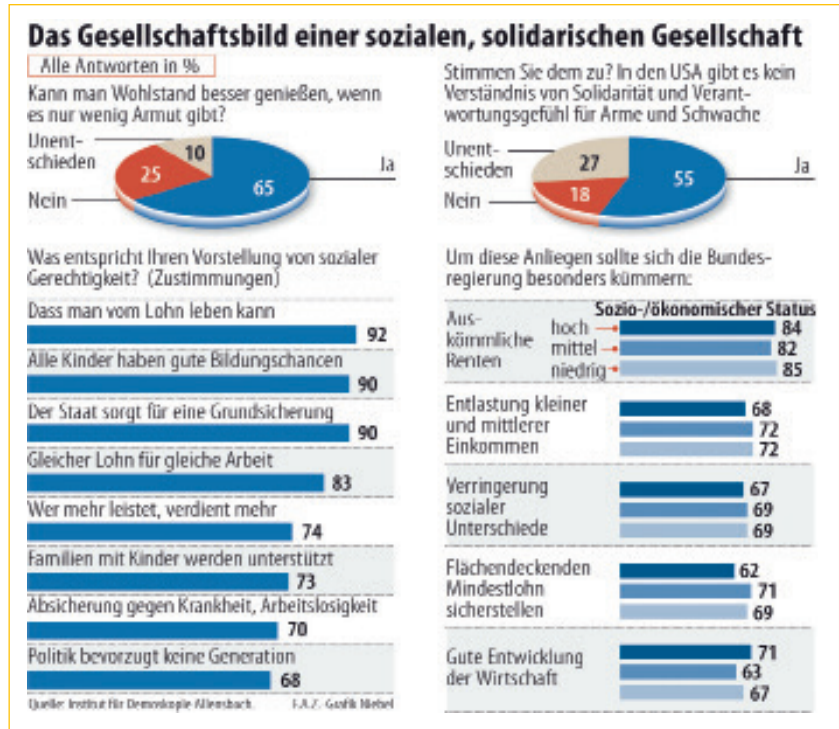


Abb. 4 Das Gesellschaftsbild einer sozialen, solidarischen Gesellschaft

© FAZ, 19.2.2015, S. 10, nach Zahlen des Instituts für Demoskopie, Allensbach

Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?

Konzerne wie GM und Ford haben einst die Massenproduktion des amerikanischen Traums ermöglicht, heute schaffen Unternehmen wie Apple, Microsoft, Google und Facebook eine Handvoll Multimilliardäre. Der breiten Masse bleiben Lohnstagnation und erodierende Sozialsysteme, ein Nährboden für Politikverdrossenheit. Für Fukuyama stellen Welthandel und Digitalisierung die demokratische Ordnung vor Herausforderungen, denen sie nicht gewachsen ist. Das Ergebnis sei »ein breiter Trend zu mehr wirtschaftlicher Ungleichheit in vielen entwickelten Gesellschaften«. Nun lautet die Frage, die ihn beschäftigt, nicht: Wie viel Ungleichheit produziert der Markt? Sie lautet: Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?

»Computer und intelligente Maschinen ermöglichen es, Mittelklasse-Jobs wegzuautomatisieren«, argumentiert Fukuyama. »Jobs, die das soziale und wirtschaftliche Rückgrat einer stabilen Gesellschaft bilden. Gerade die Demokratie braucht eine breite Mittelschicht, um die Polarisierung zu vermeiden, die beispielsweise weite Teile Südamerikas auseinanderreißt.« Fukuyama glaubt nicht daran, dass die durch die technologische Revolution entfesselten Wachstumskräfte den Kampf gegen die Ungleichheit erleichtern. »Die Wohlstandsgewinne der vergangenen zwei Jahrzehnte sind den wenigen an der Spitze der Einkommenspyramide zugefallen. Ohne politische Korrekturen wird Wachstum also nicht dazu beitragen, die Ungleichheit zu überwinden. Es wird die Ungleichheit verschärfen.« Das ist ein Plädoyer für eine neue, Einkommens- und Vermögensunterschiede ausgleichende Politik, ausgerechnet von einem Denker, der einst das Label »neokonservativ« trug. Mit seinen Sorgen steht Fukuyama dabei beileibe nicht allein: »Heute steht die Fähigkeit der marktwirtschaftlichen Demokratien, breit gestreute Wohlstandsgewinne zu erbringen, stärker denn je infrage« (zit. nach: Handelsblatt vom 12.3.2015, S.13), argumentierte bereits vor ihm der Franzose Thomas Piketty in seiner weltweit die Bestsellerlisten stürmenden Publikation »Das Kapital«.

In der aktuellen Ausgabe von D&E hat der Tübinger Professor für Soziologie Dr. Martin Groß die zentralen wissenschaftlichen Befunde zur Thematik »Der Wandel sozialer Gleichheit in Deutschland und den OECD-Staaten« zusammengefasst und statistisch belegt, wel-



Abb. 5 »Wird man durch Arbeit reich?« ... sieht ganz so aus!

© Gerhard Mester, 2012

che Schere sich zwischen arm und reich in den letzten Dekaden im Rahmen zunehmender Globalisierung aufgetan hat. Mit Bezug auf die Sinus-Milieu-Forschungen zeigt Groß, wie differenziert sich moderne Gesellschaften heute darstellen lassen.

Der Organisationssoziologe Professor emer. Dr. **Michael Hartmann** konzentriert sich in seinem Beitrag: »Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Einstellungen der Eliten zur sozialen Frage.« besonders auf die Privilegierten, die Vermögenden, und deren Einstellung zur sozialen Unwucht. Elitenrekutierungsfragen thematisiert Hartmann ebenso wie die Diskussion um die Steuergesetzgebung und mögliche Umverteilungsszenarien. Hartmann bezieht sich bei seinen Studien dabei ausführlich auf die von Thomas Piketty vorgelegten Studien zur sozialen Ungleichheit.

Die an der Universität Wien tätigen Autoren Professor Dr. **Roland Verwiebe** und seine Mitarbeiterin **Nina Fritsch**, MA, widmen sich vor allem der Thematik der »Armut in Europa: Trends und Risikogruppen«. Risikogruppen, so zeigen deren Studien, ähneln sich in nahezu allen EU-Mitgliedstaaten, wenn auch die sozialstaatlichen Steuerungsmechanismen sich durchaus unterscheiden. Die politischen Umsetzungsstrategien sind demgemäß sehr unterschiedlich.

■ Und die ökonomischen Zwänge?

Gibt es ökonomische oder politische Zwänge, die dies bislang verhindert haben? Wie solidarisch soll eine Gesellschaft organisiert sein, wenn sie nicht ihre Legitimation durch ihre Bürgerinnen und Bürger verlieren will? Professor Dr. **Till van Treeck** beschäftigt sich schließlich in seinem Beitrag: »Zunehmende Ungleichheit: Folge oder Ursache der jüngsten Wirtschaftskrisen?« mit den ökonomischen Ursachen und Folgen zunehmender sozialer Ungleichheiten. Sind diese sozialen Disparitäten nicht sogar hinderlich für den ökonomischen Wachstumsprozess? Kritisch geht van Treeck dabei mit zahlreichen Unterrichtshilfen aus Wirtschaftsverbänden und Schulbuchverlagen zu Gericht, die seiner Meinung nach die Thematik allzu verkürzt oder gar verfälschend darstellten.

Der Referent für Gemeinschaftskunde und Wirtschaft am Regierungspräsidium Stuttgart (Gymnasien), Studiendirektor **Hans Gaffal**, untersucht in seinem Beitrag: »Die Mindestlohndebatte in Deutschland« am konkreten Beispiel einer politischen Intervention

der Großen Koalition, die ab 1. Januar 2015 in Kraft trat, wie sich die politische Debatte diesbezüglich in den letzten Monaten entwickelte und wie breit der gesellschaftliche Konsens in wirtschaftspolitischen Diskussion reicht.

Dr. **Uwe Wenzel** vom Studienhaus Wiesneck zeigt anschließend in seinem Aufsatz: »Roma und Sinti: Europas größte Minderheit zwischen Ausgrenzung und Selbstorganisation«, was es für eine Minderheit bedeuten kann, weitgehend vom ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Partizipationsprozess abgeschnitten zu sein.

■ Integration durch mehr politische Partizipation?

Schließlich legt der emeritierte Professor für Politikwissenschaft (Universität Stuttgart) Dr. **Oscar W. Gabriel** in seinem Beitrag: »Politische Partizipation und sozio-ökonomische Res-

sourcenausstattung in europäischen Demokratien« dar, dass gesellschaftlich weniger integrierte Gruppierungen sich nicht nur bei Wahlen weniger beteiligen, sondern dass die Hoffnungen, Politikverdrossenheit in bildungsfernen Schichten durch vermehrte politische Partizipationsmöglichkeiten abzubauen, bislang keineswegs erfüllt haben. Eine Integration müsste also in erster Linie über die ökonomische und gesellschaftliche Integration gelingen. Über die Frage, ob es derzeit bereits gerechtfertigt ist, die westlichen Demokratien als »Postdemokratien« (Crouch) zu bezeichnen, lässt sich trefflich streiten. Kaum strittig dürfte allerdings Crouchs Beobachtung sein, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in der Politik bereits jetzt eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle spielt. »Im Schatten der politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten« (Crouch, S. 10).

Das im November 2015 als nächste Ausgabe von D&E erscheinende Heft 70 mit dem Titel: »Gerechter Welthandel? Nachhaltigkeit, Freihandel und Protektionismus« versucht denn auch die Thematik des Zusammenhangs ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen noch einmal in eher globaler Perspektive zu untersuchen.

■ Und die politische Bildung?

Aufgabe der politischen Bildung bleibt es, die Gleichzeitigkeit ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Probleme zu analysieren. In diesem Zusammenhang bemüht sich die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg deshalb u.a. auch ganz besonders um handlungsorientierte Planspiele, die mehrperspektivisch nationale und internationale Problemfelder zunächst spielerisch beleuchten. **Holger-Michael Arndt** und **Markus W. Behne** haben dazu in ihrem Beitrag: »Die Geschichte der europäischen Migrations- und Asylpolitik - ein Trauerspiel« einen Einblick in ihr aktuelles Planspiel angeboten. Eine Zusammenstellung gibt dann im Anschluss einen Überblick über das umfangreiche Planspielangebot der LpB Baden-Württemberg, das entweder als Printangebot abgerufen (Bausteine-Reihe) oder auch direkt bei den jeweils Verantwortlichen der LpB als Veranstaltung gebucht werden kann.

Chancengleichheit als Voraussetzung für Integration

Letztlich steht und fällt aber jedes Angebot der politischen Bildung, wenn es dem Vergleich mit den tatsächlichen Partizipationsangeboten unserer Gesellschaft standhält. Horrende Zahlen von Jugendarbeitslosigkeit in einigen EU-Mitgliedstaaten bieten hier ebenso Anlass zur Sorge wie die rapide Zunahme von sozialen Unterschieden. Die Angebote unserer demokratischen Gesellschaft werden erst dann in erwünschtem Umfang angenommen werden, wenn das Aufstiegsversprechen einer demokratischen, mobilen Gesellschaft z.B. durch Bildungschancen umgesetzt wird. Sorge bereiten hier derzeit z.B. eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung vom Januar 2015 unter deutschen Unternehmen, die ergab, dass fast 60 Prozent der auszubildenden Betriebe in Deutschland noch nie Azubis mit Migrationshintergrund beschäftigt haben. Als Gründe wurde die Sorge vor Sprachbarrieren und zu großen kulturellen Unterschieden genannt. Aktuell bilden gerade einmal 15 Prozent der Unternehmen Jugendliche mit Migrationshintergrund aus. Über Resignation und mangelnde Integration bei diesen Teilen unserer Gesellschaft muss man sich da nicht wundern. Erst die Lösung der drängenden ökonomischen und sozialen Probleme könnte verhindern, dass Europa tatsächlich auseinanderbricht.

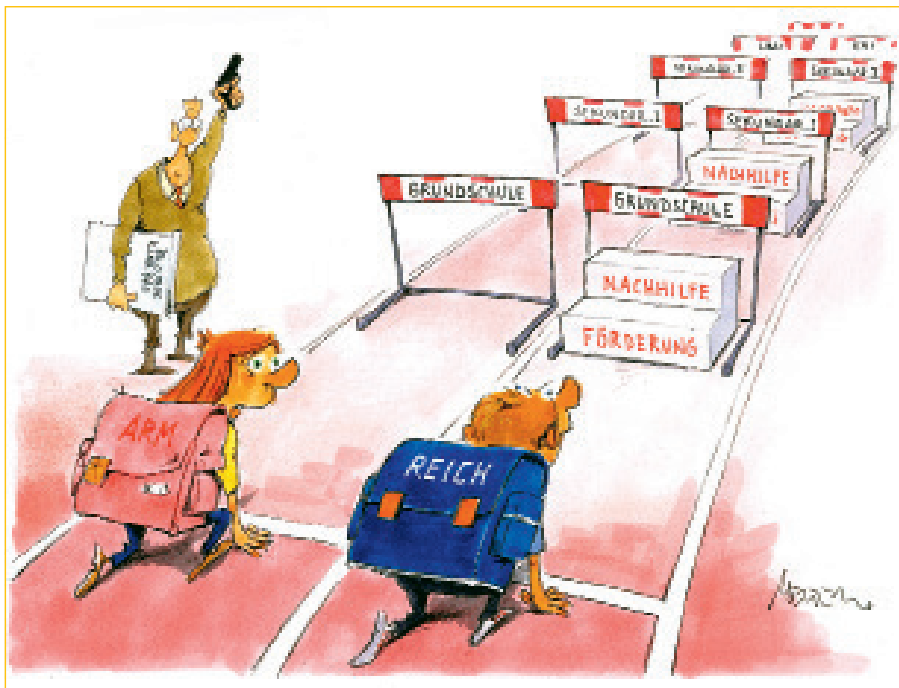


Abb. 6 Chancengleichheit in Deutschland

© Gerhard Mester, 2014

Koch, Moritz (2015): Francis Fukuyama. Abschied vom Ende der Geschichte. Handelsblatt vom 12.3.2015, S. 12f

Mau, Stefan / Verwiebe Roland (2009): Die Sozialstruktur Europas. Lizenzausgabe bei BpB, Band 786 der Schriftenreihe, Bonn.

Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. C.H.Beck.

Wehler, Hans Ulrich (2013): Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland. München.

Literaturhinweise

Bertelsmann-Stiftung (2015): Berufsausbildung junger Menschen mit Migrationshintergrund. Eine repräsentative Befragung von Betrieben. Autorenteam: Enggruber, Ruth / Rützel, Josef. Gütersloh

Butterwegge, Christoph (2015): Wachsende soziale Ungleichheit - eine Gefahr für die Demokratie. In: Journal für politische Bildung, 1/2015, S. 10ff

Crouch, Collin (2008): Postdemokratie. Frankfurt/Main

Eberl, Oliver / Salomon, David (2015): Soziale Krise und Demokratie. Diagnose Postdemokratie. In: Journal für politische Bildung, 1/2015, S. 10ff

Fukuyama, Francis (2015): The Origins of Political Order. Bd. 2., New York: Farrar, Straus and Giroux. dt: Politische Ordnung und politischer Verfall (im Erscheinen)

Hradil, Stefan (2012): Müssen wir uns an mehr Ungleichheit gewöhnen? in: GWP (Gesellschaft - Wirtschaft - Politik) 1, S. 23ff

Internetlinks

BpB (Hrsg.) (2014) Mitte. Aus Politik und Zeitgeschichte 49/2014, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/196719/mitte

BpB (Hrsg.) (2014): Oben. Aus Politik und Zeitgeschichte 15/2014, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/181781/oben

BpB (Hrsg.) (2015): Unten. Aus Politik und Zeitgeschichte, 10 /2015, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/201660/unten

BpB (Hrsg.) (2013): Datenreport 2013, www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/ (Online-Version)